



Interviews

Datum: 9. August 2026

Jörg Münchenberg im Gespräch mit Wolfgang Kubicki, FDP-Bundesvorsitzender

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Münchenberg: Das Interview der Woche heute mit Jörg Münchenberg und mir gegenüber sitzt an diesem Freitagmittag, an dem wir dieses Interview in Kiel aufzeichnen, der FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki. Herr Kubicki, ich grüße Sie.

Kubicki: Ich grüße Sie auch in Kiel.

Münchenberg: Herr Kubicki, seit Tagen wird über die geplante Rentenreform gestritten, genauer über die Abschaffung der Frühverrentung nach 45 Beitragsjahren, umgangssprachlich auch „die Rente mit 63“ genannt. Vor allem die ostdeutschen CDU-Ministerpräsidenten drängen hier auf eine Übergangslösung, speziell jetzt für den Osten mit Verweis auf die besonderen Erwerbsbiografien in Ostdeutschland. Aus Ihrer Sicht, haben die CDU-Ministerpräsidenten hier einen Punkt, haben sie recht?

Kubicki: Aus meiner Sicht nein, weil die Frühverrentung ohne Abschläge schon früher ein Fehler gewesen ist. Es ist extrem teuer, betrifft nur wenige Persönlichkeiten. Wir dachten früher, es trifft diejenigen, die lange auf dem Bau sind oder Schwerstarbeit geleistet haben. In Wahrheit wissen wir jetzt aber, dass es Bürojobs beinhaltet. Junge Menschen, die mit 16, 17 in den öffentlichen Dienst gegangen sind, in Verwaltungen gegangen sind, wirklich nie körperlich hart gearbeitet haben, die machen davon gebraucht und das war nicht der Sinn der Veranstaltung. Also die Frühverrentung gehört weg.

Münchenberg: Interessanterweise hat aber auch jetzt die FDP-Spitzenkandidatin in Sachsen-Anhalt, Lydia Hüskens, in der FAZ gesagt, sie könne sich schon vorstellen, dass es im Osten jetzt andere Lösungen geben müsse, also durchaus auch einen Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren. Das klingt schon so, dass jetzt auch Ihre Wahlkämpferinnen in Sachsen-Anhalt sagen, ja, so eine Sonderlösung für den Osten wäre vorstellbar.

Kubicki: Sonderlösungen für bestimmte Regionen sind überhaupt nicht vorstellbar. Weil es das Rentensystem noch komplizierter machen würde. Trifft das dann

diejenigen, die in der DDR geboren waren und gearbeitet haben oder trifft es diejenigen, die 36 Jahre aus Deutschlands Westen in Deutschlands Osten gegangen sind und dort gearbeitet haben? Also, das verkompliziert das System so unglaublich, dass es auch kaum händelbar wäre.

Münchenberg: Ja, aber noch mal. Auch von der FDP jetzt gerade, also im Wahlkampf ist zu hören, na ja, wir sollten zumindest mal drüber nachdenken.

Kubicki: Ja, wir sollten insgesamt über das Rentensystem nachdenken. Wir wissen, dass die Position der Freien Demokraten ist, dass man zwischen 60 und 70 selbst entscheiden kann, wann man in Rente gehen will, jeweils mit Abschlägen oder Zuschlägen zur Rente. Das schwedische Modell ist das, was uns vorschwebt. Insofern ist das, was diese rot-schwarze Koalition in Berlin aufgesetzt hat, aus unserer Sicht ein Kurieren eines Symptoms ohne grundlegende Fehler zu beseitigen.

Münchenberg: Trotzdem muss man jetzt sagen, hat sie ja ein Gesamtpaket vorgestellt. 33 Einzelmaßnahmen. Man sagt ja auch, das Ganze muss insgesamt als Paket umgesetzt werden. Wenn das so käme, dann wäre das doch schon eine grundlegende Reform, die es so seit Jahrzehnten in Deutschland nicht mehr gegeben hat.

Kubicki: Ja, zunächst einmal wird als Reform verkauft die Tatsache, dass sich zwei Partner geeinigt haben, die völlig unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie das Rentensystem konzipiert werden soll. Ich sehe keine wirklichen Reformansätze. Das Einzige, was funktionieren würde, wäre die Abschaffung der abschlagsfreien Frühverrentung, was ungefähr 10 bis 12 Milliarden Euro bringen würde. Aber nach wie vor finanzieren wir 120 Milliarden Steuerzuschüsse jedes Jahr in das Rentensystem, Tendenz weiter aufwachsend. Und das kann so nicht funktionieren. Die umlagefinanzierte Rente ist am Ende, denn immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Nichtbeschäftigte finanzieren und das geht mathematisch schon nicht auf. Deshalb ist die Idee, die die Freien Demokraten vor knapp 30 Jahren entwickelt haben, eine Kapitaldeckung als weitere Säule einzuführen, eine gute. Nur der Ansatz, wie das jetzt umgesetzt werden soll, ist schlecht. Denn es passiert nicht aus dem System heraus, sondern es gibt zusätzliche zwei Punkte. Das bedeutet, Arbeit wird teurer. Das bedeutet, Unternehmen werden wieder weiter belastet. In einer Phase, in der wir konjunkturell wirklich heftige Probleme haben, ist das das Gegenteil eines Wachstumssignals.

Münchenberg: Aber trotzdem ist dieses Schwedenmodell – so wird es ja auch genannt – schon was ganz Neues im deutschen System und dass man endlich auch – und das ist ja auch eine Forderung der Liberalen, dass man sagt, ja, wir wollen

auch eine kapitalgedeckte Säule einführen. Das wäre schon was Neues und – wie gesagt – geht eben auch in die Richtung, dass man mehr vom Kapitalmarkt profitiert.

Kubicki: Ja, ich kann mich daran erinnern, dass auch ich vor 25 Jahren bei Wahlveranstaltungen schon gefordert habe und beschimpft wurde von Sozialdemokraten und anderen nach der Devise: Mit der Rente spekuliert man nicht. Es ist relativ spät bedauerlicherweise und es ist der falsche Ansatz, weil wir in der jetzigen Phase durch die zwei zusätzlichen Punkte einfach Arbeit teuer machen und dazu beitragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich weiter schwindet. Aber noch einmal: Die Idee der Kapitaldeckung an sich ist richtig, der Weg, der jetzt beschritten wird, geht von falschen Prämissen aus.

Münchenberg: Ihr Generalsekretär, Martin Hagen, hat jetzt vom Rentenchaos in der Regierung gesprochen. Auf der anderen Seite muss man doch fairerweise sagen, der neue Fraktionschef, Thorsten Frei, hat ganz klar gesagt, die Regierung will Kurs halten. Also von einem Rentenchaos kann man doch eigentlich nicht sprechen.

Kubicki: Ja, gut, man kann von einem Chaos in der öffentlichen Kommunikation sprechen, weil viele Sozialdemokraten sich mittlerweile wieder distanzieren von dem, was dort vereinbart worden ist in der Regierung. Aber ich bin schon seitdem ich politisch tätig bin, Parlamentarier mit Haut und Haaren und ich kann sicher sagen, dass es eine Verballhornung des demokratischen Systems wäre, wenn man sagen würde, dass der Deutsche Bundestag einfach zustimmen muss, ansonsten bricht Chaos aus. Ich kenne überhaupt kein Gesetzgebungsverfahren, wo nicht in parlamentarischen Beratungen aus etwas vermeintlich Gutem noch etwas Besseres gemacht worden ist. Und deshalb würde ich sagen, Leute, wartet mal ab, wie die Debatten werden im Parlament und wenn hinterher was einigermaßen Vernünftiges dabei herauskommt, können wir zufrieden sein. Zu sagen, wir setzen eine Kommission ein und was die jetzt auf den Markt wirft, muss vom Parlament 1:1 umgesetzt werden, wird ja dazu führen, dass wir die Demokratie ad absurdum führen, dann brauchen wir nur noch solche Expertengremien, die was auf den Tisch legen.

Münchenberg: Wie schauen Sie denn eigentlich grundsätzlich auf die bisherige Regierungsarbeit von Friedrich Merz? Zuletzt hat es innerhalb der CDU nach dem Rücktritt von Jens Spahn ziemlich geknirscht, zum Beispiel mit der Entlassung von Verkehrsminister Patrick Schnieder.

Kubicki: Ja, ich bin Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei, ich muss andere nicht bewerten und in den Senkel stellen. Aber ich kann nur sagen, meine Erwartungen der Koalition gegenüber sind komplett nicht erfüllt worden und zwar

auch im Hinblick auf Professionalität. Sie haben das angesprochen. Eine Kabinettsreform, wie Friedrich Merz sie angestoßen hat, die einem kommunikativ wirklichen Chaos endet, deutet darauf hin, dass die Regierungsarbeit nicht wirklich gut funktioniert. Und ich sage noch mal, ich kenne ja viele aus der Union persönlich sehr nah. Und jemanden in seinem Urlaub anzurufen und ihm telefonisch mitzuteilen, du wirst morgen entlassen, um dann den nächsten Tag festzustellen, man hat gar keinen Ersatz dafür, das ist auch schon eine echte Herausforderung für einen Bundeskanzler. Und das Problem von Friedrich Merz ist ja nicht die Art und Weise, wie er regiert, sondern die Tatsache, dass vieles von dem, was er in öffentlichen Reden von sich gibt, im praktischen Handeln nicht umgesetzt wird. Das betraf nicht nur die Wahlkampfführung und nicht nur die Wochen danach, sondern bis heute ist das so, dass viele Ankündigungen von Friedrich Merz im praktischen Alltag dann niedergeschlagen wurden.

Münchenberg: Sie haben ihn mal als „Eierarsch“ bezeichnet.

Kubicki: Ja, ich habe ihn nicht so bezeichnet, sondern ich bin halt bei einem Interview wie hier gefragt worden, was ich gedacht habe, als Friedrich Merz erklärte, die Freien Demokraten seien tot und werden auch nicht wiederbelebt werden können. Da hätte mir alles Mögliche durch den Kopf gehen können, aber mir ist das direkt durch den Kopf gegangen. Du – ich wiederhole das Wort noch mal – du „Eierarsch“, dir werden wir das zeigen.

Münchenberg: Nun haben Sie ja gesagt – ich fasse es mal mit meinen Worten zusammen – Regierungschao und ein Stück weit schlechte Führen unter dem Kanzler. Fühlen Sie sich da ein bisschen an die Ampelzeiten erinnert?

Kubicki: Ja, was heißt erinnert? Also ich bekomme jetzt regelmäßig Mitteilungen von ehemaligen Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD, die dann schreiben: „Mensch, Wolfgang, so schlecht waren wir da wohl doch nicht.“ Wenn man sich mal überlegt, was Friedrich Merz während der Ampelzeit über die dortige Regierung gesagt hat und das vergleicht mit dem, was jetzt praktisch passiert, dann kann man sagen, hat Friedrich Merz, hat die jetzige Koalition das Schlechte der Ampel noch unterboten. Und das will was heißen.

Münchenberg: Auf der anderen Seite gibt es schon einen elementaren Unterschied. Damals hat die FDP irgendwann händeringend einen Grund gesucht, um sich aus der Regierung zu verabschieden. Diese Absatzbewegungen sind jetzt bei der aktuellen Koalition nicht erkennbar.

Kubicki: Ja, wo wollen die auch hin? Also man muss schon mal sagen, es waren nicht nur die Freien Demokraten, die festgestellt hatten, dass die Ampelkoalition

keine gemeinsame Grundlage mehr hatte, nachdem die Finanzen alle sozusagen diffundiert waren durch den Ukraine-Krieg und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Klima- und Transformationsfonds. Aber womit wollen jetzt Sozialdemokraten und Christdemokraten vor die Wählerinnen und Wähler treten? „Wir haben versagt, wählt uns erneut.“ Das wäre ja ziemlich komisch.

Münchenberg: Na ja, aber sie haben ja schon auch geliefert. Sie haben eine Gesundheitsreform, zumindest ein Sparpaket auf den Weg gebracht. Wir haben jetzt die Rente. Eine Steuerreform, eine kleine, ist angedacht. Also es ist ja jetzt nicht so, dass die Regierung mit leeren Händen dasteht.

Kubicki: Ja, ob sie geliefert hat, werden wir ja sehen. Wir werden ja sehen, was aus der Gesundheitsreform wird im praktischen Alltag. Ich höre nur auch von Juristen, dass das alles sehr, sehr schwierig werden wird mit der tatsächlichen Umsetzung. Ich höre jetzt aus der Krankenhausgesellschaft, dass es schwierig werden wird in den Krankenhäusern. Und ich bin gespannt ... wie gesagt, es ist ja durchs Parlament jetzt durch, ich bin ja gespannt, was in der praktischen Umsetzung ab Herbst passiert. Die kleine Steuerreform, die diese Regierung ins Werk gesetzt hat, bleibt weit hinter dem zurück, was Friedrich Merz versprochen hat und ist deutlich weniger als das, was die Ampel noch hat umsetzen können. Aber ich finde das nur so schön, dass auch die Medien immer es ganz toll finden, dass sie es schon als Reform verkaufen, wenn Schwarz und Rot sich auf irgendwas einigen, ohne die Frage zu stellen, ob die praktische Konsequenz aus dem, worauf man sich geeinigt hat, was Vernünftiges ist.

Münchenberg: Aber würden Sie wirklich so weit gehen und sagen, die aktuelle Regierung ist zerrüttet?

Kubicki: Ja, was heißt zerrüttet? Sie sind gezwungen, miteinander weiterzumachen, weil sie keine Alternative haben zu dem, was gerade passiert. Aber dass man von einer gemeinsamen Aufbruchsstimmung sprechen kann, niemand, den ich kenne, weder aus den Parteien noch aus der deutschen Öffentlichkeit, noch aus der deutschen Wirtschaft wird Ihnen sagen, wir haben alle das Gefühl, es geht jetzt wirklich voran.

Münchenberg: Im Interview der Woche des Deutschlandfunks heute der Parteichef der Liberalen, Wolfgang Kubicki. Herr Kubicki, bislang ist es nicht gelungen, den Höhenflug der AfD zu stoppen. Obwohl manche AfD-Landesverbände massiv zerstritten sind. Der Verfassungsschutz hat die Landesverbände in Sachsen-Anhalt und Thüringen als gesicherte rechtsextrem eingestuft. Es gibt massive Vorwürfe auch der Vetternwirtschaft in einzelnen Landesverbänden. Die Wähler scheint das alles nicht zu beeindrucken. Was ist Ihre Erklärung dafür?

Kubicki: Ja, das Gefühl bei unheimlich vielen Menschen, dass die Politik ihre Problemlösungskompetenz verloren hat. Wir müssen uns da wirklich mal die Frage stellen, was eigentlich passiert ist. 2021 bei der Bundestagswahl war die AfD noch schwächer als die Freien Demokraten. Jetzt sind sie die absolut stärkste politische Kraft geworden bei den Meinungsumfragen. Und da sind ja nicht von 2021 bis heute lauter Neonazis vom Himmel gefallen, sondern es ist eine Verzweiflung vieler Menschen, die das Gefühl haben, die aktuelle Politik aus CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP ist nicht mehr in der Lage, die Probleme, vor denen wir stehen, wirklich zu lösen. Da wird sehr viel Schaum geschlagen, aber es kommt bei den Menschen wenig an. Und ich höre das immer wieder auch in meinem eigenen sozialen Umfeld – anders, als noch vor zwei Jahren, da hätte sich gar keiner getraut, das zu sagen –, dass man auch AfD wählen kann, denn schlimmer kann es nicht kommen. Das sind unheimlich viele Menschen, die aus lauter Verzweiflung sich bei der AfD organisieren und die bekämpft man nicht mit der Erklärung oder die ruft man auch nicht zurück mit der Erklärung, dass die AfD gesichert rechtsradikal ist. Weil das sie nur darin bestärkt, dass die etablierten Parteien versuchen, einen weiteren Konkurrenten vom Markt zu drängen, sondern man kann das nur mit einer besseren, überzeugenderen Politik machen.

Münchenberg: Aber da stellt sich natürlich automatisch die Frage an den Chef der Liberalen, auch an die Wahlkämpfer zum Beispiel in Sachsen-Anhalt, wo Anfang September gewählt wird: Was setzt die FDP dagegen? Und warum überzeugt das nicht?

Kubicki: Ja, zunächst einmal sind wir ja erst dabei, den Wahlkampf sozusagen hochzufahren, und zwar überall. Und ich werde mich in Sachsen-Anhalt herumtreiben und in Mecklenburg-Vorpommern herumtreiben, Berlin herumtreiben, wie selten ein Bundesvorsitzender zuvor. Kann man auch gut machen, wir sind in außerparlamentarischer Position. Ich habe keine anderen Verpflichtungen mehr. Aber entscheidend ist ein offensiver, inhaltlicher Umgang mit der AfD. Nicht weichen. Mich freut das förmlich, dass Ralf Stegner und ich da wieder mal einer Meinung sind – selten der Fall, aber da sind wir einer Meinung – offensiv bekämpfen heißt nicht denunzieren, sondern heißt inhaltlich auseinandernehmen. Und ich weiche keiner Diskussion mit AfD-Kandidaten aus, weil man sehr schnell sie dekuivrieren kann. Das heißt, deutlich machen kann, dass außer viel Sprüchen nichts wirklich dahintersteht, um zu Problemlösungen für unser Gemeinwesen beizutragen.

Münchenberg: Aber es funktioniert ja offenkundig nicht. Wenn man sich jetzt die Umfragewerte, gerade in Sachsen-Anhalt, anschaut, muss man sagen, die AfD stabil bei um die 40 Prozent, die FDP jetzt schon unter Diverse, sozusagen fast nicht mehr messbar. Obwohl sie in der Regierung ist, also scheint es ja nicht zu funktionieren.

Kubicki: Ja, es scheint deshalb nicht zu funktionieren, weil wir uns darauf kapriziert haben, mit den AfD-Leuten gar nicht zu reden, also wenn sie da sind, gar nicht aufzutreten, sondern zu sagen, die sind einfach rechtsradikal, mit Rechtsradikalen lässt man sich nicht ein. Man lässt sich mit Rechtsradikalen nicht ein, aber man versucht sie inhaltlich auseinanderzunehmen und nicht zu denunzieren. Es hilft nicht weiter. Das haben wir ja in Thüringen gesehen, sehen wir in Sachsen-Anhalt, sehen wir übrigens auch in Deutschlands Westen. Es hilft nicht weiter, dauernd zu erklären, das sind alles Neonazis, deshalb müssen wir uns mit den Vorschlägen auseinandersetzen. Oder die Ideen, wir dürfen gar keine Anträge mehr einbringen, bei denen die Gefahr besteht, dass die AfD zustimmen könnte ... alle meine Interviews drehen sich nach kurzer Zeit um die AfD.

Münchenberg: Natürlich.

Kubicki: So, als sei das der Nabel des Universums. Die müssen gar keinen Wahlkampf mehr machen, weil sie dauernd mittransportiert werden. Und das Entscheidende ist, in der Sache offensiv angehen. Wir werden das sehen. Wie gesagt, ich freue mich auf die Wahlkampfveranstaltungen in Sachsen-Anhalt wirklich sehr. Weil ich feststelle, erstens kommen unheimlich viele Leute zu uns, die sehen wollen, ob Kubicki so ein lustiges Kerlchen ist, wie sie ihn aus der Öffentlichkeit kennen. Und weil sie zuhören und weil sie nicht das Gefühl haben, sie sollen belehrt werden, sondern weil sie das Gefühl haben, wir machen Vorschläge, über die man nachdenken kann und denen man möglicherweise auch folgen kann. Und das wäre sinnvoll, das zu unterstützen.

Münchenberg: Sie haben es gerade selbst angesprochen. Stichwort Brandmauer. Sie haben gesagt, dass Sie Mehrheiten, die nur mit der AfD zustande kommen, für die FDP nicht ausschließen. Jetzt kann man schon sagen, dieses Schielen nach rechts, was Ihnen ja auch Ihre innerparteiliche Kritikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann auf dem Parteitag im Mai vorgehalten hat, das hat sich eigentlich bislang wenig ausgezahlt. Das funktioniert nicht, zumindest, wenn man sich die Umfragen anschaut. Also, ist es ein Fehler, zu sagen, was es in Sachen Brandmauer angeht, sind wir da nicht rigoros?

Kubicki: Also erstens mal gibt es bei mir kein Schielen nach rechts, sondern ein Schielen nach vorne. Aber ich stelle mal eine Gegenfrage. Würden Sie das für vernünftig halten, dass wenn wir den Antrag stellen würden - wir brauchen ein neues Klinikum in Erfurt beispielsweise, ein neues Klinikum in Jena oder ein neues Klinikum in Halle. Und die Gefahr besteht, dass die AfD zustimmt, wir sagen würden, jetzt stellen wir den Antrag gar nicht mehr, wir überlassen das der AfD, einen solchen Antrag zu stellen? Soll ich meine eigene politische Haltung davon abhängig machen,

wer noch zustimmt und wer ablehnt? Oder halte ich das in der Sache für sinnvoll? Und Sie sehen doch, dass dieses dauernde Brandmauer-Moratorium, was wir haben, nicht dazu führt, dass die AfD kleiner wird, sondern dass sie stärker wird. Warum? Weil die Menschen das für bescheuert halten. Also, ich mache ein politisches Programm, werbe um Zustimmung und wenn wir in parlamentarischen Bereichen eine Zustimmung notfalls auch mit Stimmen der AfD bekommen, dann ist das so. Abgesehen davon, dass auch Sozialdemokraten und Grüne zumindest in Europa und in einigen Kommunen davon auch schon Gebrauch gemacht haben, wenn es in der Sache sinnvoll ist – nur dann. Und alles andere macht uns kleiner als wir sind. Ich warne dringend davor, an dieser merkwürdigen Brandmauer-Diskussion festzuhalten.

Münchenberg: Aber das heißt, Sie würden auch so weit gehen und sagen, auch, wenn es nur mit den Stimmen der AfD geht, dann würden wir trotzdem dabei bleiben?

Kubicki: Ja, weil wir in der Sache das durchsetzen wollen, weil wir das, was wir für sinnvoll halten, durchsetzen wollen. Und das gab es übrigens auch schon in der Vergangenheit, um das mal zuzusagen, auch im Deutschen Bundestag schon. Es gab nur mit Stimmen der AfD die Verhinderung der allgemeinen Impfpflicht. Hätte die AfD sich anders verhalten, wäre die allgemeine Impfpflicht nach dem Wunsch von Karl Lauterbach eingeführt worden. Und daran können Sie sehen, dass es in der Sache um etwas Wesentliches geht, dass die Frage, wer stimmt zu, wer stimmt nicht zu, eine relative ist, sondern die entscheidende Frage ist, kommt am Ende was Vernünftiges dabei raus.

Münchenberg: Auch Ihre Spitzenkandidatin Lydia Hüskens wirbt ja mit Aussagen, die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen nicht, dass man ihnen vorschreibt, was man sagen darf. Das ist so ein bisschen so ein Raunen, was man ja gerade von der AfD immer auch wieder hört. Also steckt dahinter nicht auch die klare Hoffnung, dass AfD-Wähler ihr Kreuz dann doch lieber bei der FDP machen?

Kubicki: Also zunächst einmal müssen wir ja feststellen, dass wir 2025 bei der Bundestagswahl 1,2 Millionen Wähler an die CDU verloren haben und 800.000 Wähler an die AfD verloren haben. Und aus meiner persönlichen politischen Erfahrung ist es leichter, jemanden wieder zu gewinnen, der schon mal FDP gewählt hat als sich neue Felder zu erschließen in Bereichen, in denen wir bisher gar nicht präsent waren.

Münchenberg: Also ist das Ihre klare Zielgruppe?

Kubicki: Nein, das ist nicht meine klare Zielgruppe. Meine klare Zielgruppe ist, dass ich für Vernunft und Verständnis werbe und für eine vernünftige und sachorientierte Politik werbe und glaube, dass wir mehr Menschen damit erreichen können, sich wieder zum demokratischen System zu bekennen als aus Verzweiflung AfD oder andere Parteien zu wählen. Meine klare Zielgruppe sind mindestens die 1,2 Millionen Wähler, die uns in Richtung Union verlassen haben, wiederzugewinnen. Das würde mir anfänglich schon mal reichen.

Münchenberg: Was ist eigentlich der Kern der FDP unter einem Parteichef Wolfgang Kubicki?

Kubicki: Das unbedingte Eintreten für die Grundrechte unserer Fassung und zwar gegenüber jedermann und das wesentliche Moment, dass jeder Mensch sein Leben selbst gestalten kann ohne staatliche Einflussnahme.

Münchenberg: Das sagen die anderen Parteien auch.

Kubicki: Ja, eher nicht. Wenn ich mir anschau, dass Frau Brantner von den Grünen erklärt, dass die größte Freiheit erst beim Wir beginnt und nicht beim Ich, ist das das genaue Gegenteil von dem, was Freie Demokraten wollen. Wir stellen auf den einzelnen Menschen ab und nicht auf das Kollektiv. Nicht auf das Wir, nicht auf die Volksgemeinschaft. Daher fand ich das so lustig, weil so ähnlich auch der Kollege Höcke von der AfD formuliert hat. „Die größte Freiheit besteht darin, in einer Volksgemeinschaft aufzugehen.“ Wie schräg muss man denken, um so was zu formulieren? Aber im Prinzip ist es das Gleiche. Das Kollektiv ist mehr als der Einzelne. Und für Freie Demokraten ist der Einzelne mehr als die Gemeinschaft, die Gesellschaft. Wer bestimmt denn dort eigentlich, wie das Leben gestaltet werden soll? Wer ist denn dann derjenige oder wer sind diejenigen, die im Kollektiv, in der Volksgemeinschaft dann die Richtung vorgeben? Auch wieder wenige Auserwählte.

Münchenberg: Aber diese einfache Aussage, sage ich jetzt mal - reicht das aus, genug Wähler zu gewinnen? Offenkundig, wenn man sich die Umfragen anschaut, ja nicht.

Kubicki: Ja, Sie sprechen regelmäßig die Umfragen an. Die berühren mich ja auch, aber ich kann feststellen, dass nach acht Wochen oder zehn Wochen Vorsitz Wolfgang Kubicki die Freien Demokraten sich bei allen Instituten mindestens verdoppelt haben. Nun heißt es: Mensch, Kubicki, ihr seid nach zehn Wochen erst doppelt so stark wie vor zehn Wochen, aber immerhin schon. Das ist eine Zwischenetappe und alles Weitere werden wir sehen. Ich bin mir sicher, dass es uns gelingen kann, relativ zügig die 5-Prozent-Hürde auf der anderen Seite hinter uns zu lassen, das heißt, nicht unterhalb der 5 Prozent zu sein, sondern oberhalb der 5

Prozent. Wenn ich Anfang April, als ich mich entschieden habe, zu kandidieren, Ihnen gesagt hätte, die Freien Demokraten stehen Ende Juni bei einigen Instituten schon bei 5 Prozent, was hätten Sie gesagt? Kubicki hat was geraucht. In der kurzen Zeit, vorher gar nicht mehr ausgewiesen, nur Striche, sind wir jetzt mindestens überall ausgewiesen, mindestens bei 4, bei einigen Instituten sogar bei 5 und Tendenz weiter steigend. Mein Lieblingssatz ist der: Auch Gott hat sechs Tage gebraucht, um die Welt zu erschaffen. Man muss vielleicht sechs Monate gehen, um festzustellen, dass die Freien Demokraten eine wirklich starke politische Kraft sind.

Münchenberg: Nun sitzt die FDP nicht mehr im Bundestag, Herr Kubicki, und nur noch in sechs Landtagen. In fünf davon wird in den nächsten zwei Jahren gewählt, zwei davon in diesem Herbst – Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Kubicki: Und Berlin, also drei.

Münchenberg: Aber da sitzt die FDP nicht im Abgeordnetenhaus. Ist 2026 das Schicksalsjahr der Liberalen?

Kubicki: Ja, also ich habe schon so viele Schicksalswahlen in meinem Leben erlebt. Jede Wahl ist eine Schicksalswahl. Und deshalb gebe ich auch keine einzige Wahl verloren. Ich sage immer wieder, Sachsen-Anhalt ist machbar für uns. Vor drei Monaten hätten alle gesagt: null Chance. Mir ist ja gesagt worden: Wenn du jetzt antrittst und Sachsen-Anhalt geht verloren, dann wird dir das zugerechnet. Kann sein, ist mir relativ egal. Berlin – da haben wir eine realistische Chance, auch deshalb, weil die Union da so grottenschlecht ist mit ihren Spitzenleuten. Also es hat ja nicht nur was mit uns zu tun, sondern auch mit den weiteren Mitspielern auf dem Außenfeld. Mecklenburg-Vorpommern wird schwierig und zwar deshalb, weil wir dort eine sehr geringe Parteistruktur haben. Also ich kann da 50 km durchs Land fahren und treffe nicht einen einzigen Liberalen. Das ist dann schon ein Problem, das muss man einfach sehen. Man braucht Leute ja auch vor Ort, die für etwas stehen, die identifizierbar sind als Persönlichkeiten. Sachsen-Anhalt ist für mich eine echte Herausforderung und ich nehme die auch an. Also ich bin sicher, wir werden dort mit einem vergleichsweise guten Ergebnis abschneiden.

Münchenberg: Wenn trotzdem jetzt in diesem Jahr noch mal alle Wahlen verlorengehen würden, muss dann nicht auch ein Wolfgang Kubicki sagen als Parteichef, ich muss die Konsequenzen ziehen?

Kubicki: Ja, es wäre lustig zu sagen, nach drei Monaten Parteivorsitz muss ich Konsequenzen ziehen.

Münchenberg: Na ja, aber mit drei Landtagswahlen.

Kubicki: Ja, wenn Sie davon ausgehen, die werden ohne mich gewonnen werden, müsste ich jetzt Konsequenzen ziehen. Aber das ist relativ albern. Ich bin gewählt worden für ein Jahr und habe gesagt, wenn es uns gelingt, innerhalb dieses einen Jahres bis Mai nächsten Jahres die 5-Prozent-Hürde positiv hinter uns zu lassen, dann habe ich erreicht, was ich wollte. Und wenn es uns gelingt, weitere Landtagswahlen zu gewinnen, dann haben wir noch das Sahnehäubchen oben drauf. Und ich bin nicht so vermessen zu glauben, Kubicki kandidiert, wird Vorsitzender, er klatscht in die Hände und dann ist die FDP bei 10 Prozent. Das dauert ein bisschen, aber wir sind auf einem guten Weg. Die Stimmungslage in der Partei, egal, was passieren wird, ist relativ gut.

Münchenberg: Gut, wenn man auf den Parteitag noch mal kurz zu sprechen kommt, Sie sind mit 60 Prozent gewählt worden, nicht so richtig dick.

Kubicki: Ja, aber Lars Klingbeil ist auch nur mit 60 Prozent gewählt worden...

Münchenberg: Und Ihre Herausforderin, Agnes Strack-Zimmermann, mit 40 Prozent. Man kann sagen, es geht schon ein Riss auch durch die FDP zwischen dem – ich sage mal – konservativ-liberalen Kubicki und einer liberal-progressiven Agnes Strack-Zimmermann.

Kubicki: Ja, ich bin sehr begeistert, dass Marie-Agnes Strack-Zimmermann als liberal-progressiv eingeordnet wird und ich als liberal-konservativ. Wenn Sie in Schleswig-Holstein jemanden fragen, würden die alle vor Lachen nicht mehr in den Schlaf kommen, weil ich hier als ausgemachter Sozialliberaler gelte. Aber das ist auch relativ egal. Wettbewerb in einer Partei wie der Freien Demokraten ist etwas, was uns nicht schadet, im Gegenteil. Und wenn Sie sehen, wie schnell die Partei sich darauf eingestellt hat, dass wir einen Parteivorsitzenden Kubicki haben, dann ist das, was auf dem Parteitag passiert ist, einfach Geschichte.

Münchenberg: Aber wenn jetzt der Abwärtstrend der FDP ... die FDP ist im Überlebenskampf. Ich glaube, da werden Sie mir auch nicht widersprechen.

Kubicki: Ja.

Münchenberg: Wenn dieser Überlebenskampf auch in diesem Jahr erneut verlorenght, wird sich dann nicht auch die Unruhe in der Partei wieder verstärken?

Kubicki: Das schließe ich aus, weil meine Parteifreunde alle sehr realistisch sind. Und wir haben ein wunderbares Team im Präsidium und im Bundesvorstand. Ich arbeite mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann im Präsidium herausragend gut zusammen.

Münchenberg: Das ist ja interessant.

Kubicki: Ja, fragen Sie sie doch mal selbst. Also Sie fragen ja immer nur mich. Also zwischen uns gibt es ja keine persönlichen Verwerfungen. Ich will das auch gar nicht kleinreden. Also wir haben ein gemeinsames Ziel. Wir haben das Ziel einer starken FDP und daran arbeiten wir jetzt tatsächlich auch alle an so einer Stelle herausragend gut. Marie-Agnes Strack-Zimmermann konzentriert sich auf Verteidigungspolitik und auf Brüssel. Und das ist auch gut so. Und der Rest wird von anderen Persönlichkeiten meiner Partei abgebildet.

Münchenberg: Herr Kubicki, Sie haben mal selber gesagt, Sie können keine Wunder vollbringen. Sie sind Ende Mai gewählt worden. Gab es mal einen kleinen Moment, wo Sie vielleicht doch gesagt haben, ach, vielleicht war es ein Fehler, dass ich jetzt noch mal angetreten bin und dass ich jetzt nicht meinen wohlverdienten Ruhestand genieße, sondern versuche, dieses Himmelfahrtskommando zu übernehmen?

Kubicki: Nein, das war ein Prozess von längerer Dauer, diese Überlegung in die Tat umzusetzen, für die Partei noch mal zu kandidieren. Aber Sie werden mir nachsehen, nach 55 Jahren FDP-Mitgliedschaft hätte ich das mir nie verziehen, zuzuschauen wie die Partei vor die Hunde geht. Wir schauen uns mal an, was in einem Jahr passiert. Ich bekomme mittlerweile nur Glückwünsche von Menschen, die das der FDP nie zugetraut hätten, in so kurzer Zeit wieder realistisch mit 5 Prozent rechnen zu dürfen. Wir haben Neueintritte. Es bekennen sich wieder Menschen zu den Freien Demokraten, was Sie am Spendenaufkommen bei uns sehen können. Also das sind so Entwicklungen. Und wenn ich unterwegs bin im Land, dann merke ich, dass es eine neue Euphorie innerhalb der Partei gibt. Und wenn eigene Parteifreunde zunächst motivierter sind als früher, mal wieder auf die Straße zu gehen und für die FDP zu werben, dann ist das der erste Schritt zum Erfolg.

Münchenberg: Herr Kubicki, vielen Dank.

Kubicki: Ich bedanke mich bei Ihnen.